

Spahn diskutiert mit Klinikpersonal

Gesundheit | Bundesminister zu Gast in der Luisenlinik in Bad Dürkheim / Viele Themen abgehandelt

Vor der Bad Dürkheimer Luisenlinik hatten sich knapp 100 Demonstranten versammelt. Sie wollten dem Bundesgesundheitsminister ihren Unmut kundtun. Er war auf Einladung von CDU-Bundestagskandidat Thorsten Frei zu Gast dort, um mit Klinikpersonal zu diskutieren.

■ Von Wilfried Strohmeier

Schwarzwald-Baar-Kreis.

Schon weit vor dem Termin hatten sich an der Zufahrt zum Parkplatz des Klinikgeländes die Demonstranten versammelt. Sie warteten jedoch vergebens. Jens Spahn wurde durch die Ersatzzufahrt aus einer anderen Richtung auf das Klinikgelände geleitet.

Der geschäftsführende Gesellschafter Sven Wahl erläuterte dem Gast kurz den Status der Klinik und Bürgermeisterstellvertreter Heinrich Glunz, warum Spahn genau richtig am Gesundheitsstandort Bad Dürkheim sei. Es schloss sich die Besichtigungstour durch eines der Häuser an und anschließend in der Turnhalle die Diskussionsrunde mit den Angestellten. Diese war ursprünglich draußen geplant, aus Sicherheitsgründen jedoch nach innen verlegt worden. Dieser Aspekt wurde als äußerst wichtig erachtet, denn es war einige Polizei und Personenschutz rund um den Besuch



Einer der geschäftsführenden Gesellschafter der Luisenlinik in Bad Dürkheim, Sven Wahl (links), führte den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn nach der Begrüßung durch die Klinik, der Termin kam auf Einladung von Thorsten Frei zustande, dem CDU-Bundestagsabgeordneten und Kandidaten.

Foto: Strohmeier

aufgeboten.

Die Themen waren vielfältig. Chefarztin Marianne Ledwon-Feuerstein beschrieb die Situation: ein halbes Jahr Wartezeit, 50 bis 80 Prozent Notaufnahmen und würden diese Notaufnahmen nicht geschehen, kämen die Patienten noch kränker später zu ihnen in die Klinik. Zudem nannte sie erhöhte Zahlen bei Magersucht seit Pandemiebeginn, Selbstmordversuche und weiteres. Sie betonte: Nicht nur bei sozial schwachen Familien, sondern auch aus dem Mittelstand kämen die jungen

Patienten. Die Belegung liege bei 100 Prozent, und Baden-Württemberg sei an vorletzter Stelle bei Plätzen für Jugendpsychiatrie. Für sie würde nicht bedarfsgerecht entschieden.

Es begann mit einer Frage eines Betreuers, dessen Schützling demnächst entlassen wird und der Angst hat vor einem neuen Lockdown, und wie es in der Schule weitergehe. Was könne er einem solchen Patienten sagen? Die rhetorische Antwort darauf war eine Gegenfrage, mit welcher der Minister auf die Aus-

bildungsplätze kam. Die Antwort blieb er schuldig.

In dem Diskussionsreigen ging es von der Ausbildung der Psychotherapeuten und Psychologen bis hin zur Frage, ob genügend Stellen auch für Praxisniederlassungen vorhanden seien. Hier verwies Spahn darauf, dass in Städten mit einer hohen Praxisdichte auch eine große Nachfrage da sei. Und er stellte da durchaus die Frage, wie man dies besser steuern könne. Die Frage nach der Diagnose wurde ebenfalls aufgeworfen, da nur Ärzte die Diagnose stellen dürfen und

nicht die psychologisch ausgebildeten Fachleute.

Ein anderes Thema war die Pflege und das Renteneintrittsalter. Hier gab man dem Minister mit auf den Weg, dass manche gar nicht so lange arbeiten könnten, bis sie das gesetzliche Renteneintrittsalter erreichen würden und dass der Job attraktiver sein müsse. Spahn hatte Verständnis für die Argumente. Er bat aber darum, dass die Pfleger selbst ihren Beruf loben, und die guten Seiten herausstellen sollen, denn ihm würde man dies nicht glauben.